

## Der Wert des Geldes und die Löhne

Die Gegner der gewerkschaftlichen Tarifpolitik behaupten immer wieder, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen an den seit langem anhaltenden Preissteigerungen schuld sind, heißt es in einer Verlautbarung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der „Welt der Arbeit“ (Nr. 4 vom 11. Januar 1957). Der DGB stellt dann fest, daß diese Behauptungen unrichtig und irreführend sind. Das sind sie tatsächlich. Sie werden auch nicht richtiger, wenn Koryphäen des Neoliberalismus sie wissenschaftlich zu beweisen versuchen. Prof. *Wilhelm Röpke* hat sich dieser Mühe in einem Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 303 vom 29. Dezember 1956) unterzogen. Als den „eigentlich entscheidenden und politisch-sozial neuralgischen Punkt der gegenwärtigen Lage“, der nach seiner Ansicht „inflationistisch“ gespeisten Überinvestition, bezeichnet er „die Inflationsstöße, die fortgesetzt vom Arbeitsmarkt ausgehen“. Röpke wiederholt die These, daß eine Volkswirtschaft in der Hochkonjunktur einmal zwangsläufig den Punkt erreichen müsse, an dem man vor die Wahl gestellt sei, entweder auf Vollbeschäftigung zu verzichten oder den Wert der Währung abgleiten zu lassen. Inflation oder Arbeitslosigkeit ist das auf eine knappe Formel gebrachte Dilemma.

Das dauernde Ansteigen der Preise, „schleichende“ Inflation nennt es Röpke, ist nach ihm eine Folge übermäßiger Geld- und Kreditschöpfung und übermäßiger Lohnerhöhungen. Der letztere Vorgang scheint ihm der gefährlichste, wenigstens stellt er ihn in den Mittelpunkt seiner Ausführungen und betont, daß „eine Korrektur inflationistisch wirkender Lohnsteigerungen“ nötig sei, wenn man das weitere Abgleiten des Wertes des Geldes vermeiden wolle. Allerdings fordert er auch gelegentlich „Maß und Disziplin der Wirtschaftspraktiker“, also offensichtlich auch der Unternehmer bei der Preisgestaltung. Aber das drohende Gespenst, das er immer wieder heraufbeschwört, ist „die undisziplinierte Lohnpolitik — die in der mit Hochkonjunktur und Überinvestition einhergehenden und durch sie genährten Überbeschäftigung ihre Stütze findet“.

Die Tatsache einer seit langem anhaltenden Preissteigerung steht fest. Zwei Fragen sind hierbei zu klären: Haben wir es mit einer Inflation zu tun und, falls ja: Wer oder was ist daran schuld? Es ist zweckmäßig, die erste Frage vorweg zu beantworten. Die Antwort ist: Wir haben primär eine *Teuerung*, das heißt, einen Preisauftrieb von der Güterseite her. Hand in Hand damit gehen allerdings inflationäre Erscheinungen, die aber eine Wirkung der ersten Ursache sind. So spricht denn auch die erwähnte Verlautbarung des DGB von einer „Teuerung“ und nicht von einer „Inflation“. Inflation ist heute zu einem Modewort geworden und fast schon ebenso abgegriffen wie etwa „Sozialismus“, „Kapitalismus“ oder auch „Soziale Marktwirtschaft“, unter denen sich jeder vorstellt, was er nur will und meistens nichts Gescheites!

Röpke selbst sagt an einer Stelle: „Die einen machen es sich bequem und leugnen den Vorgang einfach: es gäbe heute keine Inflation“, denn daß die Preise langsam stiegen, sei normal und immer so gewesen. Das behaupten wir keinesfalls. Die Preise der Industriewaren sind vielmehr seit Generationen gefallen, die der Agrarerzeugnisse gestiegen, wenn man einen einheitlichen Geldwert zugrunde legt. Auch wissen wir, daß seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts der Goldwert und mit ihm der Wert der Goldwährungen stetig gesunken ist. Was wir aber behaupten, ist, daß die Preissteigerungen nach dem jetzigen Kriege — besonders seit Ende 1950 — *primär* nichts mit „Inflation“, das heißt, nichts mit einer übermäßigen Geld- und Kreditschöpfung zu tun haben; es sei denn, daß ein Übermaß von Geld und Kredit gewissermaßen als Restbestand der kriegsbedingten Inflationwirtschaft fast aller Staaten vorhanden geblieben ist. Das letztere wird kaum bestritten werden können.

## DER WERT DES GELDES UND DIE LÖHNE

Damit kommen wir zu einem wichtigen Ausgangspunkt unserer Meinung, die derjenigen Röpkes entgegengesetzt ist. Bis zum Jahre 1914 war auf der Basis der Goldwährung die Gefahr von Inflationen ausgeschlossen. Selbstverständlich gab es damals und früher solche in Papierwährungsländern. Aber die international maßgebenden Länder kannten keine Inflation. Der Kriegsbedarf der Staaten wurde nun in wachsendem Ausmaß durch die „Notenpresse“, durch Kreditschöpfung, gedeckt. Das wurde zur Ursache des Verfalls vieler Währungen; selbst die am wenigsten betroffenen Währungen hatten Wertverluste von 10 bis 30 vH. Das ist bekannt. Auch nach 1918 kamen die meisten Währungen nur vorübergehend und durch „künstliche“ Manipulationen in Ordnung. Die internationale Kreditkrise von 1931 brachte manche Währung wieder in Unordnung. Die Abwertung des englischen Pfundes und des USA-Dollars seien zur Erinnerung genannt. Andere Währungen wurden durch „Nationalisierung“ und straffste Devisenbewirtschaftung künstlich gehalten, so die deutsche. Der zweite Weltkrieg wiederholte, wenn auch mit anderen Mitteln, das Währungstrauerspiel von 1914 bis 1923.

Man ging dann zu einer neuen Nachkriegswirtschaft auf wachsender internationaler Basis mit willkürlich festgesetzten Devisenkursen, mit „manipulierten“ Währungen über. Allgemeines Kennzeichen war die Knappheit der Waren im Verhältnis zum Bedarf, besser: zu der zum Teil noch kriegsbedingt inflatorisch, d. h. staatlich geschaffenen Kaufkraft als Trägerin der Nachfrage. In der Bundesrepublik kam hinzu, daß die Währungsreform ganz willkürlich 10:1 abwertete, daß infolgedessen nachher alle Preise mehr oder minder „über den Daumen gepeilt“ wurden. Man nahm, was man bekam. Vergessen wir nicht, daß 1949 die Preise auf vielen Sektoren abglitten, weil sich langsam so etwas wie ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage einspielen mußte. Dann kam mit dem Koreakonflikt eine allgemeine Kriegs- und Rüstungskonjunktur, die zu Verknappungserscheinungen führte, die wiederum ein Steigen der Preise veranlaßten. Die westdeutsche Wirtschaft verdiente fleißig mit an diesem Boom. Auch die Löhne stiegen seit Ende 1950 beachtlich. Die Preise eilten aber unbestritten voraus. Nur vereinzelt nannte man damals das Steigen der Preise „Inflation“. Es war vielmehr durchaus zutreffend die vorherrschende Meinung, daß ein „Verkäufermarkt“ vorlag, daß also das Angebot zu knapp war. Als nun auch in Deutschland allmählich die Produktionsindices die Vorkriegswerte überstiegen, als der Produktionsrückstand nicht nur aufgeholt, sondern die Vorkriegsziffern wert- und mengenmäßig überschritten wurden, schien — wie dies auch der Bundeswirtschaftsminister dauernd voraussagte — die Zeit zum Sinken der Preise gekommen. Diese günstige Entwicklung trat aber nicht ein. Die Preise stiegen weiter.

Wenn man sich an die seit Jahrzehnten vorliegende Erfahrung erinnert hätte, daß eben in der kapitalistischen Marktwirtschaft bisher noch jede Konjunktur eine Mengen- und Preiskonjunktur gewesen ist, daß also im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung das Steigen der Preise tatsächlich solange „normal“ ist, wie die Hochkonjunktur andauert, dann hätte man eine ausreichende Erklärung für diese Erscheinung gehabt, die allerdings nicht mit dem Anspruch der Regierung, daß sie eine „soziale Marktwirtschaft“ eingeführt habe, in Einklang zu bringen ist. „Soziale Marktwirtschaft“ soll doch Produktionsmengensteigerung *ohne* Preissteigerung bewirken. Während die Gewerkschaften behaupten — und dies mit Recht —, daß die Finanzierung der Investitionen, vor allem auch die Rekonstruktion des privaten Kapitalbesitzes — die Aktiengesellschaften haben ihr Kapital im Durchschnitt 1:1,4 umgestellt — über die Preise erfolgt sei, daß nunmehr „ausreichende“ Dividenden verdient würden und somit die überhöhte Bruttogewinnquote wesentliche Ursache der Preissteigerungen sei, suchte die Gegenseite nach einer anderen Deutung und fand sie in der „Lohn-Preis-Spirale“.

Nun machen aber die Löhne in der Industrie zumeist nur 10 bis 20 vH der Gesamtkosten aus, abgesehen vom Bergbau, wo dieser Anteil 58 vH beträgt. Eine Kompensation

etwaiger Lohnsteigerungen müßte also bei allen guten Betrieben möglich sein. Die „Grenzbetriebe“ mit dem „Saustallkoeffizienten“, die an der unteren Grenze der Rentabilität stehen, müssen bei dieser Überlegung unbeachtet bleiben, da es ja gerade ein Vorteil der Marktwirtschaft sein soll, solche Betriebe durch den Wettbewerb auszuschalten. Das setzt aber hinreichende Konkurrenz voraus. Diese fehlt bei uns. Oligopole bestimmen das Marktbild. Das heißt in dem hier betrachteten Fall, daß die Grenzbetriebe nach wie vor mitgeschleppt werden, indem man eben allgemein die Preise so erhöht, daß die schlechten Betriebe rentabel bleiben. Daß es so ist, beweist u. a. die Tatsache, daß vor kurzem an die Bundesregierung das Ansinnen gestellt wurde, für die aus der übersetzten Zigarrenindustrie und aus der noch mehr übersetzten Müllerei auszuscheidenden Betriebe Entschädigungen in Höhe von etwa 70 Millionen DM zu zahlen. Daraus geht hervor, daß man diese Betriebe bisher mitgeschleppt hat und daß zum zweiten die Unternehmer nicht gewillt sind, das — in der Marktwirtschaft selbstverständliche — Risiko von Verlusten und Stilllegungen zu übernehmen.

Eine gewisse Übersetzung, kostenmäßig und zahlenmäßig, liegt in vielen Wirtschaftszweigen vor. Trotz aller Ablehnungen auch im Einzelhandel und, was schon mehr zugegeben wird, in der Landwirtschaft. Dadurch ist eine große Zahl von Betrieben mit ihren Erzeugnissen am Markt, die mit hohen realen Kosten arbeiten, die unrationell mit geringem Produktivitätsgrad wirtschaften. Sie sind nur bei überhöhten Preisen rentabel. Dazu kommt, daß infolge der Kriegs- und Nachkriegseinflüsse die Kostenkalkulation sehr im argen liegt. Kalkulatorische Gewinnansätze, großzügige Umlegung von Gemeinkosten auf die einzelnen Kostenstellen, dann die besonders auch durch die Steuerpolitik unterstützte Methode des „Kostenmachens“ zum Zweck der Steuerersparnis, die Selbstfinanzierung — teilweise auf dem Umweg über „freiwillige Sozialleistungen“ (z. B. Pensionsfonds, die wieder im Unternehmen „mitarbeiten“) — und ähnliche Manipulationen brachten ein Kostenniveau zustande, das die Preise nach oben treibt, da man mit der Aussicht auf hohe Gewinne munter weiter investierte, zumal von allen Seiten ja die Fortdauer des Wirtschaftswunders prophezeit wird. Dieser Auftrieb wird nur zum geringeren Teil durch die Kredite gespeist. Die Aktiengesellschaften haben ihre Investitionen nur zu etwa einem Drittel mit Kredit finanziert.

Kann man Preissteigerungen, die durch überhöhte Realkosten und durch oligopolistische Marktstellungen sowie durch eine „großzügige“ Kalkulation entstehen, „inflationistisch“ nennen? Offensichtlich nicht! Es ist zuzugeben, daß heute wie je Kreditschöpfung vor sich geht. Aber zunächst ist Kreditschöpfung ein normales Finanzierungsmittel. Gefährlich wird sie erst, wenn die Kredite nicht produktiv angelegt werden, wenn die steigende Geldkapitalmenge nicht durch eine entsprechende Erhöhung der realen Wertmenge an Waren und Leistungen kompensiert wird. Hier liegt das wirkliche Problem. In der Geldwirtschaft schlägt sich — mit allem Vorbehalt gesagt — der Tauschwert in den Preisen nieder. Die Preise sind das stellvertretende Maß für die Werte in der Geld-Marktwirtschaft.

Daraus ergibt sich folgende Überlegung: Kosten und Erträge sind einmal Mengen und dann Preise. Der Kostenaufwand in einer Volkswirtschaft setzt sich also aus dem Produkt von verwendeten Arbeitseinheiten und Kapitaleinheiten multipliziert mit ihren Preisen zusammen. Dasselbe gilt für den Ertrag, das Sozialprodukt. Der Kapitalaufwand ist in unserer Wirtschaft ein dreifacher, nämlich Verzehr von Produktionsmitteln (Produktivkapital), dann — hiermit identisch — der Betrag der hierfür aufgewendeten Geldmittel, also das Wiederhereinholen der Preise für die Kostengüter einschließlich der Löhne, und schließlich die Restitution des Betriebsvermögens, des Kapitals der Eigentümer der Produktionsmittel. Das bedeutete für Westdeutschland seit 1948 Wiederherstellung der Vermögenswerte der privaten Besitzer aus dem Ertrag der Wirtschaft und Wiederschaffung der Rentabilität der zu rund 1:1 aufgewerteten Besitzvermögen. Kalkulatorisch gehen

## DER WERT DES GELDES UND DIE LÖHNE

selbstverständlich diese Ansprüche aus Privateigentum ebenso in die Kosten ein wie der Aufwand für Rohstoffe, Maschinen, Abschreibungen, Löhne usw. Die durch die Abwertung entstandenen Verluste an Privatvermögen erschienen so als „Kosten“ in der Rechnung. Es erscheint uns hinreichend bewiesen, daß hier die Hauptursache für die dauernden Preissteigerungen liegt.

Um noch einmal auf die Löhne zurückzukommen, sei betont, daß diese im letzten Jahr hier und da vielleicht schneller gestiegen sind als die „Grenzrentabilität“ in einigen Industriezweigen. Keinesfalls kann man aber das gleiche für die Landwirtschaft, das Handwerk und den Handel sagen. Hier und bei den Beamten sind die Löhne und Gehälter weit hinter dem Produktivitätsgrad der Wirtschaft zurückgeblieben. Sie können einfach nicht inflatorisch wirken, selbst wenn man zugeben will, daß heute inflatorische Tendenzen die güter- und kostenwirtschaftlich bedingte Teuerung überwiegen. Wenn nun Röpke in diesem Zusammenhang mit der Mahnung kommt, daß mehr gespart werden müsse, so kann man ihm zustimmen. Nur richtet er seinen Appell an die falsche Adresse: Nicht in erster Linie die Konsumenten müssen sparen, sondern die Produzenten. Die „Verschwendung“ von realen Produktionsmitteln durch Rückständigkeit, Überorganisation, Durchschleppen schlechter Betriebe, durch allzu globale Kalkulationen ist viel gefährlicher als das auch von uns verurteilte übertriebene Ratenkaufen. Nebenbei: Wer ist schuld an dem Überhandnehmen der Teilzahlungskäufe? Doch der Verkäufer, die „Wirtschaft“, die zum Weitertreiben der Hochkonjunktur die Kaufkraftsteigerung durch Teilzahlungsfinanzierung braucht. Zweifellos liegen hier inflatorische Tendenzen vor, die aber von der Produktionsseite ausgehen.

Das unstillbare, durch das bestehende Wirtschaftssystem erzwungene Gewinn- und Absatzstreben ist die heute wirksame primäre Ursache, während der staatliche Überbedarf der Kriege und Rüstungen — seit Vernichtung der internationalen Goldwährung die geschichtlich letzte Ursache aller heute zu beobachtenden Inflationserscheinungen — als sekundäre Begleiterscheinungen neben der güterwirtschaftlich und kostenkalkulatorisch bedingten Teuerung einhergehen.